

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 19 | 14.05.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

LIT Law Lab: Online-Tagung

„Crypto-Assets im Recht“. Viele Fragen, viele Antworten. Eine Tagung.

Wir freuen uns, Sie am 27.5.2021, 9.00 bis 19.00 Uhr, virtuell an der JKU Linz zu einer Online-Tagung des LIT Law Lab zum Thema „Crypto Assets im Recht“ begrüßen zu dürfen. Neue Technologien führen immer auch zu neuen rechtlichen Fragestellungen. Nicht anders ist es im Bereich der sogenannten „Crypto Assets“. Es erwartet Sie eine ebenso spannende wie fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema aus Sicht von Wissenschaft und Praxis.

Die Teilnahme an der Tagung ist kostenlos. Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 214/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie erlassen wird (**COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV**) und die COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (**1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung**)

[BGBl II 216/2021](#)

Verordnung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort zur Festlegung der Mittel für die COVID-19 Förderung für betriebliche Testungen (**BTG-MittelV**)

[BGBl II 218/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Bewältigung der COVID-19 Folgen im Schulwesen für das Schuljahr 2020/21 (**COVID-19-Schulverordnung 2020/21 – C-SchVO 2020/21**) geändert wird

[BGBl II 220/2021 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **COVID-19-Einreiseverordnung** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 162 v 10.05.2021, 4](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2021/757 der Kommission vom 3. Mai 2021 zur Eintragung eines Namens in das Register der **geschützten Ursprungsbezeichnungen** und der geschützten geografischen Angaben „*Ennstaler Steirerkas*“ (gU)

[ABI L 165 v 11.05.2021, 1](#)

Verordnung (EU, Euratom) 2021/768 des Rates vom 30. April 2021 zur Festlegung von **Durchführungsmaßnahmen** für das **Eigenmittelsystem** der **Europäischen Union** sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr 608/2014

[ABI L 166 v 11.05.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/694 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Aufstellung des **Programms** „**Digitales Europa**“ und zur Aufhebung des Beschlusses (EU) 2015/2240

[ABI L 167 v 12.05.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/774 des Rates vom 10. Mai 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 389/2012 über die **Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden** auf dem Gebiet der **Verbrauchssteuern** in Bezug auf den Inhalt **elektronischer Verzeichnisse**

[ABI L167I v 12.05.2021, 1](#)

Beschluss (EU) 2021/764 des Rates vom 10. Mai 2021 zur Einrichtung des spezifischen Programms zur Durchführung von „**Horizont Europa**“, dem **Rahmenprogramm für Forschung und Innovation**, und zur Aufhebung des Beschlusses 2013/743/EU

[ABI L 170 v 12.05.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/695 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Einrichtung von „**Horizont Europa**“, dem **Rahmenprogramm für Forschung und Innovation**, sowie über dessen Regeln für die Beteiligung und die Verbreitung der Ergebnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr 1290/2013 und (EU) Nr 1291/2013

[ABI L 170 v 12.05.2021, 69](#)

Verordnung (EU) 2021/696 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Einrichtung des **Weltraumprogramms** der **Union** und der **Agentur** der Europäischen Union für das **Weltraumprogramm** und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr 912/2010, (EU) Nr 1285/2013 und (EU) Nr 377/2014 sowie des Beschlusses Nr 541/2014/EU

[ABI L 170 v 12.05.2021, 149](#)

Verordnung (EU) 2021/697 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Einrichtung des **Europäischen Verteidigungsfonds** und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1092

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

11.12.2020, [E 1953/2020 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht **auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Familie von Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung mit dem medizinischen Sachverständigengutachten wegen nicht ableitbarer Schlussfolgerungen, mit aktuellen und verfügbaren Länderinformationen sowie der Sicherheitssituation für Kinder

23.02.2021, [E 2917/2020](#)

BauarbeiterschutzVO; Verstoß gegen das **Doppelbestrafungsverbot** durch eine weitere Entscheidung eines LVwG in derselben Rechtssache wegen Verletzung der BauarbeiterschutzVO

23.02.2021, [E 2244/2020](#)

BauarbeiterschutzVO; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch völliges **Außerachtlassen des Beschwerdevorbringens** eines verwaltungsstrafrechtlich Verantwortlichen einer GmbH betreffend die Erhöhung der gegen ihn verhängten Geldstrafe wegen Verletzung der BauarbeiterschutzVO

24.02.2021, [E 2949/2020](#)

FremdenpolizeiG; Verstoß gegen das **Günstigkeitsprinzip** in einem Verwaltungsstrafverfahren nach dem FremdenpolizeiG auf Grund (zwischenzeitigen) Entfalls der Mindeststrafe

24.02.2021, [E 2867/2020](#)

VersammlungsG; Verletzung im Recht auf **Versammlungsfreiheit** durch **Untersagung der Abhaltung der Versammlung** „Friedensdialog Wien“ am Praterstern mangels nachvollziehbarer Begründung der Entscheidung

24.02.2021, [E 607/2020](#)

TierärzteG; Verletzung im Recht auf **Meinungsäußerungsfreiheit** durch Verhängung einer Geldstrafe gegen eine Tierärztin betreffend die **Verletzung des Ansehens des Stands** wegen Äußerungen in einem Buch

24.02.2021, [V 68/2019](#)

Oö ROG; keine Gesetzeswidrigkeit eines **Bebauungsplans** einer Oö Gemeinde; hinreichende Erkennbarkeit der Bauplatzgrenzen des Bebauungsplanes; Strichstärke und Linienführung der zeichnerischen Darstellung genügen den **rechtsstaatlichen Anforderungen** an die Plangenauigkeit und sind hinreichend präzise

10.03.2021, [K I 13/2020 ua](#), [E 2375/2020](#)

EpidemieG; Verletzung in verfassungsrechtlich gewährleisteten Rechten wegen Anwendung einer Bestimmung des EpidemieG durch den zurückweisenden Beschluss eines LVwG; Zurückweisung des Antrags auf Entscheidung eines nicht (mehr) bestehenden verneinenden **Kompetenzkonfliktes** mit einem Bezirksgericht

10.03.2021, [UA 3/2021](#)

VerfahrensO für parlamentarische Untersuchungsausschüsse; Verpflichtung des Bundeskanzlers, dem **Ibiza-Untersuchungsausschuss** die Akten und Unterlagen der Stabsstelle Think Austria sowie anderer Organisationseinheiten des Bundeskanzleramtes insoweit vorzulegen, als diese dem Ibiza-Untersuchungsausschuss nicht bereits vorgelegt worden sind; **fehlende Begründung** der Behauptung, dass die betreffenden Unterlagen für den Gegenstand der Untersuchung im Ausschuss nicht einmal abstrakt relevant sein können

10.03.2021, [UA 4/2021](#)

VerfahrensO für parlamentarische Untersuchungsausschüsse; Verpflichtung des Bundeskanzlers, dem U-Ausschuss die vollständigen E-Mail-Postfächer des Bundeskanzlers, der übrigen Regierungsmitglieder im Bundeskanzleramt sowie näher bezeichneter Bediensteter des Bundeskanzleramtes aus dem Untersuchungszeitraum vorzulegen; ob und inwieweit der Bundeskanzler aus **faktischen Gründen** nicht in der Lage sein sollte, seiner **Vorlagepflicht** nachzukommen, ändert nichts an der grundsätzlichen Verpflichtung, die angeforderten Akten und Unterlagen vorzulegen; fehlende Begründung der Nichtvorlage

10.03.2021, [UA 5/2021](#)

VerfahrensO für parlamentarische Untersuchungsausschüsse; Zurückweisung als unzulässig des Antrags von Abgeordneten der SPÖ, FPÖ und von NEOS betreffend die Vorlage von Nachrichten auf einem Mobiltelefon des Bundeskanzlers; **un-**

zureichende Bestimmtheit der dem Antrag zugrunde liegenden Aufforderung der Minderheit im Ibiza-Untersuchungsausschuss

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

16.03.2021, [Ra 2021/12/0003](#)

Allg PensionsG; dass die Abschlagsregelung des § 5 Abs 2 Allg PensionsG auch bei der **Ermittlung der (fiktiven) Invaliditäts-, Berufsunfähigkeits- und Erwerbsunfähigkeitspension** zum Tragen kommt, ergibt sich aus § 6 Abs 1 letzter Halbsatz und Abs 2 Z 1 leg cit; demnach beträgt das Höchstausmaß der Verminderung der (bei Ermittlung der Pension nach § 6 Allg PensionsG zugrunde zu legenden) Leistung nach § 5 leg cit bei einem Pensionsantritt vor dem Regelpensionsalter 13,8 % dieser Leistung; auch bei einer Invaliditäts-, Berufsunfähigkeits- und Erwerbsunfähigkeitspension beruht der Eintritt des Versicherungsfalls in der Regel nicht auf einer freien Entscheidung des Versicherten; ausweislich der Gesetzesmaterialien (ErläutRV 653 Blg NR 22 GP 10) wird durch die in § 6 leg cit getroffenen Sonderregelungen dem Umstand Rechnung getragen, dass insbesondere bei frühzeitiger Invalidität das verbuchte Pensionskapital unzureichend wäre

23.03.2021, [Ra 2020/11/0052](#)

FührerscheinG-GesundheitsVO; gem § 11 Abs 2 FührerscheinG-GesundheitsVO darf Zuckerkranken, die mit Insulin oder bestimmten Tabletten behandelt werden müssen, eine Lenkberechtigung der Gruppe 1 nur für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren unter der Auflage ärztlicher Kontrolluntersuchungen und amtsärztlicher Nachuntersuchungen erteilt oder belassen werden; damit normiert § 11 Abs 2 leg cit zwar kein bestimmtes Untersuchungsintervall, aber implizit mind zwei Kontrolluntersuchungen im genannten fünfjährigen Zeitraum, also im Zeitabstand von 2,5 Jahren; die **Vorschreibung häufigerer Kontrolluntersuchungen oder anderer Zeitabstände** bedarf daher einer näheren Begründung

25.03.2021; [Ro 2021/21/0001](#)

ZustellG; nach dem klaren Gesetzeswortlaut des § 26a Z 1 ZustellG ist die Zustellung mit dem **Einlegen der Sendung in die Abgabereinrichtung** bewirkt; die Verständigung vom Zustellvorgang ist nicht Voraussetzung für deren Wirksamkeit; eine unterbliebene (oder erfolglos versuchte) Verständigung steht somit der Wirksamkeit der Zustellung nach § 26a Z 1 leg cit nicht entgegen; die zum eindeutigen Wortlaut des Gesetzes in Widerspruch stehenden Gesetzesmaterialien sind für die Auslegung bedeutungslos

13.04.2021, [Ra 2019/11/0048](#)

NÖ GrundverkehrsG; die **Landwirteigenschaft einer Person**, deren Ehepartner bzw sonstige Familienmitglieder ihren Lebensunterhalt ohnehin im Wesentlichen aus eigenen (außerlandwirtschaftlichen) Einkommen decken, hängt nicht zusätzlich von der Höhe des (Gesamt-)Einkommens dieser Familienmitglieder ab; die gegenteilige Auslegung, derzufolge die Landwirteigenschaft einer Person davon abhängt, ob die aus der land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit erwirtschafteten Einkünfte zumind einen erheblichen Teil der gesamten Einkünfte der im Familienverband lebenden Personen darstellt, führte dazu, dass das Vorliegen der Landwirteigenschaft von im Wesentlichen äußerlichen Zufällen wie dem Vorhandensein eines Lebensgefährten bzw Ehegatten sowie insbesondere von dessen allenfalls kurzfristig veränderlichen Einkünften abhinge, bei letzteren mithin von Umständen, auf die diejenige Person, deren Landwirteigenschaft in Rede steht, für gewöhnlich keinen Einfluss nehmen kann; dass der Gesetzgeber auf derartige Umstände abgestellt hätte, ist im Zweifel nicht anzunehmen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 07.04.2021, [LVwG-152777](#)

AVG; nach objektiven Gesichtspunkten kann – dem äußeren Erscheinungsbild nach – jedenfalls nicht abgeleitet werden, dass der Bescheid vom Bürgermeister erlassen worden sei; der Ausgangsbescheid ist nach objektiven Gesichtspunkten dem äußeren Erscheinungsbild nach, dem Wasserverband Großraum Ansfelden als bescheiderlassende Stelle zuzurechnen; ein Wasserverband ist nach dem Oö Abwasserentsorgungsg als Behörde nicht vorgesehen; die Erledigung des Wasserverbands erging daher von keiner Verwaltungsbehörde, der Erledigung mangelt es von vornherein an der (selbständigen) Bescheidfä-

higkeit; der unter formellen Gesichtspunkten im Zusammenhang als „Ausgangsbescheid“ anzusprechenden Erledigung kommt keine **Bescheidqualität** zu und ist daher dem Bf gegenüber kein Bescheid in materiellem Sinne erlassen worden

LVwG Oö 15.04.2021, [LVwG-751310](#)

EpidemieG; der VfGH hob mit Erk vom 10. März 2021, G 380/2020-17 ua, § 7 Abs 1a S 2 EpidemieG, BGBl 186/1950 idF BGBl I 63/2016, wegen Widerspruchs zum **Bestimmtheitsgebot** gem Art 18 B-VG als verfassungswidrig auf; nunmehr sieht § 7 Abs 1a EpidemieG kein Antragsrecht für die Überprüfung der Zulässigkeit und Aufhebung der **Freiheitsbeschränkung** mehr vor; unberührt blieben allerdings die gesetzlichen Normierungen, wonach jede Anhaltung, die länger als zehn Tage aufrecht ist, dem BG von der BVB, die sie verfügt hat, anzuzeigen ist; das BG hat nach aufrechter Gesetzeslage auch weiterhin von Amts wegen in längstens dreimonatigen Abständen ab der Anhaltung oder der letzten Überprüfung die Zulässigkeit der Anhaltung zu überprüfen, sofern die Anhaltung nicht vorher aufgehoben wurde; insgesamt lässt sich daher weder aus dem PersFrBVG bzw dem EpidemieG noch aus dem genannten Erkenntnis des VfGH schließen, dass die LVwG die zuständigen Gerichte zur Prüfung der Zulässigkeit der Freiheitsbeschränkung wären

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[12.05.2021, Rs C-202/20 P, Necci/Kommission](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Ehemaliger Vertragsbediensteter – Soziale Sicherheit – **Gemeinsames Krankheitsfürsorgesystem** (GKFS) – Art 95 der **Beschäftigungsbedingungen** für die **sonstigen Bediensteten** der Europäischen Union (BSB) – Anschluss auch nach Eintritt in den Ruhestand – Voraussetzung einer Beschäftigung von mehr als drei Jahren – Antrag auf Anschluss an das GKFS nach der Übertragung von Ruhegehaltsansprüchen – Gleichsetzung der angerechneten ruhegehaltstfähigen Dienstjahre mit Dienstjahren – Zurückweisung des Antrags – Anfechtungsklage – Beschwerende Maßnahme – Beschluss des Gerichts, mit dem festgestellt wird, dass die Klage unzulässig ist – Aufhebung

[12.05.2021, Rs C-130/20, INSS \(Complément de pension pour les mères – II\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gleichbehandlung von Männern und Frauen** im Bereich der sozialen Sicherheit – **Richtlinie 79/7/EWG** – Art 4 Abs 1 – Diskriminierung aufgrund des Geschlechts – Nationale Regelung, nach der Frauen, die eine bestimmte Anzahl von Kindern bekommen haben, eine **Rentenzulage wegen Mutterschaft** gewährt wird – Ausschluss von Frauen, die einen vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand beantragt haben, von der Gewährung dieser Rentenzulage – Anwendungsbereich der Richtlinie 79/7/EWG

[12.05.2021, Rs C-87/20, Hauptzollamt B \(Caviar d'esturgeons\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz** von Exemplaren **wildlebender Tier- und Pflanzenarten** durch Überwachung des Handels – Verordnungen (EG) Nr 338/97 und 865/2006 – Kaviar von Störartigen – **Einfuhr in das Zollgebiet** der Europäischen Union als persönliche oder Haushaltsgegenstände – Einfuhrgenehmigung – Abweichung – Grenze von 125 Gramm pro Person – Überschreitung – Schenkungsabsicht

[12.05.2021, Rs C-70/20, Altenrhein Luftfahrt](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – **Übereinkommen von Montreal** – Art 17 Abs 1 – **Haftung** von Luftfahrtunternehmen bei Unfällen – Begriff ‚Unfall‘ – Harte Landung, die im normalen Betriebsbereich des Flugzeugs liegt – **Körperverletzung**, die ein Fluggast bei einer solchen **Landung** angeblich erlitten hat – Kein Unfall

[12.05.2021, Rs C-27/20, CAF](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freizügigkeit der Arbeitnehmer** – Gleichbehandlung – Soziale Vergünstigungen – Obergrenzen in Bezug auf die Mittel – Berücksichtigung der im vorletzten Jahr vor dem Zeitraum der Zahlung von Leistungen erzielten Mittel – **Arbeitnehmer**, der in seinen **Herkunftsmitgliedstaat zurückkehrt** – Verringerung der Kindergeldansprüche

12.05.2021, Rs C-844/19, technoRent International ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 90 – Verminderung der **Steuerbemessungsgrundlage** – Art 183 – Erstattung des **Vorsteuerüberschusses** – Verzugszinsen – Fehlen einer nationalen Regelung – Grundsatz der **steuerlichen Neutralität** – Unmittelbare Anwendbarkeit der Bestimmungen des Unionsrechts – Grundsatz der unionsrechtskonformen Auslegung

12.05.2021, Rs C-709/19, Vereniging van Effectenbezitters

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 7 Nr 2 – **Zuständigkeit für Klagen** aus einer unerlaubten Handlung oder einer Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist – **Ort der Verwirklichung des Schadenserfolgs** – Schaden, der ausschließlich in einem **Vermögensverlust** besteht

12.05.2021, Rs C-505/19, Bundesrepublik Deutschland (Notice rouge d'Interpol)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen – Art 54 – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 50 – **Verbot der Doppelbestrafung** – Art 21 AEUV – Freizügigkeit – Von Interpol herausgegebene Red Notice – Richtlinie (EU) 2016/680 – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die in einer von Interpol herausgegebenen Red Notice enthalten sind

B. SCHLUSSANTRÄGE

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. GERICHT

12.05.2021, Rs T-789/19, Moerenhout ua/ Kommission

Institutionelles Recht – Europäische Bürgerinitiative – Handel mit militärisch besetzten Gebieten – Ablehnung der Registrierung – Offenkundiges Fehlen von Befugnissen der Kommission – Art 4 Abs 2 Buchst b der Verordnung (EU) Nr 211/2011 – **Gemeinsame Handelspolitik** – Art 207 AEUV – **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** – Art 215 AEUV – Begründungspflicht – Art 4 Abs 3 der Verordnung Nr 211/2011

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

07.05.2021, Beschwerde Nr 4907/18, Xero Flor w Polsce sp. z o.o. / Polen

Verletzung von Art 6 Abs 1 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren und Recht auf ein durch Gesetz errichtetes Gericht); Versuche eines Unternehmens (Bf) vom Staat Schadenersatz für Wildschäden zu erhalten; keine Genugtuung vor nationalen Gerichten; eingelegte Verfassungsbeschwerde als unzulässig abgewiesen; **Doppelrichter** M.M. wirkte an Unzulässigkeitsentscheidung mit; **schwerwiegende Unregelmäßigkeiten bei Wahl des Verfassungsrichters** M.M.; unzureichende Begründung der nationalen Gerichte für Weigerung, Rechtsfrage dem Verfassungsgericht vorzulegen; kein „auf dem Gesetz beruhendes Gericht“

11.05.2021, Beschwerde Nr 21884/18, Halet / Luxemburg

Keine Verletzung von Art 10 EMRK (Freiheit der Meinungsäußerung); strafrechtl Verurteilung des Bf im Fall „Luxleaks“ wegen Offenlegung von Steuerelementen von Kunden seines Arbeitgebers; Strafe in Höhe von € 1.000 für Weitergabe vertraulicher Dokumente an Medien, ohne ausreichendes öffentliches Interesse, um Schaden abzuwägen; Bf ist **Whistleblower** im Sinne des Gerichtshofs; gerechter Ausgleich zwischen den betroffenen Interessen durch eingehende Prüfung durch inländische Gerichte

VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, BGBl I 16/2020 : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, BGBl I 23/2020 : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 104/2020 , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, BGBl I 138/2020 , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 23/2021 , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 33/2021 , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>

B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 184/2021 : VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020 § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 110/2020 , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020

112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, BGBl II 112/2020 , ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 130/2020 , ausgegeben am 02.04.2020 VfGH: BGBl II 486/2020 : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020 §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020 §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 151/2020 , ausgegeben am 09.04.2020 VfGH: BGBl II 340/2020 : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 BGBl. II Nr. 487/2020 : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020 § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	16.03.2020	22.03.2020
107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 107/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 108/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020

148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 148/2020 , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, BGBl II 97/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl II 152/2020 , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	Keine Angabe
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 427/2020 , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 30/2021 , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>
60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 60/2021 , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → BGBl II 95/2021 berichtigt BGBl II 60/2021 : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>

F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
<p>197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), BGBl II 197/2020, ausgegeben am 30.04.2020</p> <p>Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 • Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 484/2020: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 488/2020: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 492/2020: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020</p>	01.05.2020	30.06.2020
<p>207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, BGBl II 207/2020, ausgegeben am 13.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p>	15.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (2. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 231/2020, ausgegeben am 27.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p>	29.05.2020	31.08.2020 § 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
<p>239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (3. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 239/2020, ausgegeben am 28.05.2020</p>	29.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (4. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 246/2020, ausgegeben am 29.05.2020</p>	30.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (5. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 266/2020, ausgegeben am 13.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 146/2021: VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p>	15.06.2020	<i>unverändert</i>

287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (6. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 287/2020 , ausgegeben am 29.06.2020	01.07.2020	31.12.2020
299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (7. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 299/2020 , ausgegeben am 02.07.2020	03.07.2020	<i>unverändert</i>
332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (8. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 332/2020 , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (9. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 342/2020 , ausgegeben am 29.07.2020 VfGH: BGBl II 146/2021 : VfGH §4 Abs. 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (10. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 398/2020 , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (11. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 407/2020 , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 412/2020 , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 446/2020 , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung: § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden</i>	16.10.2020 § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (3. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 455/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung: § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft. § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft.</i>	25.10.2020 §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft

<p>Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft. § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.</p>	§§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	
<p>456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (4. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 456/2020, ausgegeben am 22.10.2020</p> <p>Anmerkung: Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber nicht wieder in Kraft.</p>	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits ab 03.11.2020 außer Kraft.
<p>COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV</p>		
<p>463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV), BGBl II 463/2020, ausgegeben am 01.11.2020</p> <p>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.</p>	03.11.2020	30.11.2020 § 2 12.11.2020 Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)
<p>472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, BGBl II 472/2020, ausgegeben am 10.11.2020</p>	11.11.2020	
<p>476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), BGBl II 476/2020, ausgegeben am 11.11.2020</p>	13.11.2020	§2 22.11.2020
<p>544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 544/2020, ausgegeben am 04.12.2020</p>	07.12.2020	23.12.2020 § 2 16.12.2020 16.12.2020 (lt 566/2020)
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 566/2020, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</p> <p>Bis zum <u>18. Dezember 2020</u> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und 2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht. 	17.12.2020 §§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020	26.12.2020 § 4 (3) Z 3 mit 24.12.2020 außer Kraft

<p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <p>1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung.</p> <p>2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung.</p>		
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020, ausgegeben am 22.12.2020</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 58/2021, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>
<p>76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 76/2021, ausgegeben am 17.02.2021</p>	<p>18.02.2021</p>	<p>27.02.2021</p>
<p>94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 94/2021, ausgegeben am 25.02.2021</p>	<p>28.02.2021</p>	<p>09.03.2021</p>
<p>105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 105/2021, ausgegeben am 08.03.2020</p>	<p>10.03.2021</p>	<p>14.03.2021</p>
<p>111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 111/2021, ausgegeben am 12.03.2021</p>	<p>15.03.2021</p> <p>§ 6 (8) mit 01.04.2021</p>	<p>11.04.2021</p> <p>§ 2 mit Ablauf des 24.03.2021</p>
<p>120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 120/2021, ausgegeben am 23.03.2021</p>	<p>25.03.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p> <p>§2 mit Ablauf des 03.04.2021</p>
<p>139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 139/2021, ausgegeben am 30.03.2021</p>	<p>01.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p> <p>§2 mit Ablauf des 10.04.2021</p> <p>§25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgld.), 10.04.2021 (Wien)</p>
<p>147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 147/2021, ausgegeben am</p>	<p>07.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p> <p>§2 mit Ablauf des</p>

06.04.2021		16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 162/2021 , ausgegeben am 09.04.2021	11.04.2021	<i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021
171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 171/2021 , ausgegeben am 16.04.2021	19.04.2021	02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021
181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 181/2021 , ausgegeben am 23.04.2021 Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021	26.04.2021	05.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 02.05.2021
206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 206/2021 , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV), BGBl II 479/2020 , ausgegeben am 15.11.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird (1. COVID-19-NotMV-Novelle), BGBl II 528/2020 , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf	26.12.2020	04.01.2021

Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020 , ausgegeben am 22.12.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>		
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 2/2021 , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 17/2021 , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV), BGBl II 27/2021 , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-NotMV), BGBl II 49/2021 , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021

G. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B.1.351) getroffen werden (COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV), BGBl II 63/2021 , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 85/2021 , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 98/2021 , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#)

Hinweis: Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmengesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Mag. Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Mag. Amira Hetaba, LL.M., Mag. Stefanie Klein Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschräger, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.